

Stand: 30.04.2026 15:48:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9712

"Milliardenentscheidungen nicht im Blindflug treffen: Digitale Abhängigkeiten abbauen statt zementieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9712 vom 28.01.2026
2. Beschluss des Plenums 19/9786 vom 28.01.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 28.01.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Milliardenentscheidungen nicht im Blindflug treffen: Digitale Abhängigkeiten abbauen statt zementieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Bayern braucht eine IT-Infrastruktur, die weder ausgespäht noch abgeschaltet werden kann. Bayern, Deutschland und Europa stehen vor der Aufgabe, ihre digitale Zukunft eigenständig und souverän zu gestalten, statt sie sich von den Eigeninteressen anderer Akteure bestimmen zu lassen. Technologische Unabhängigkeit und Wahlfreiheit sind längst Schlüsselfaktoren für politische Handlungsfähigkeit, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftliche Resilienz. Aufgrund der sich verändernden geopolitischen Lage ist es deshalb essenziell, ein Bewusstsein bezüglich möglicher Abhängigkeiten zu entwickeln und vergangene Entscheidungen kritisch zu prüfen, um auf kommende Entwicklungen vorbereitet zu sein.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die laufenden bzw. geplanten Verhandlungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat mit dem Unternehmen Microsoft über eine neue oder verlängerte landesweite Lizenzvereinbarung, insbesondere zu Microsoft 365, unverzüglich im zuständigen Ausschuss des Landtags transparent darzulegen und mündlich zu berichten,
- dem Landtag im Rahmen des mündlichen Berichts darzulegen, welche strategischen, sicherheits-, datenschutz-, außen- und wirtschaftspolitischen Risiken mit einer flächendeckenden Bindung der bayerischen Staatsverwaltung an Microsoft-Produkte verbunden sind,
- vor Abschluss oder Verlängerung einer entsprechenden Vereinbarung eine ergebnisoffene, nachvollziehbare und vergleichende Prüfung möglicher Alternativen vorzulegen, mit einer Bevorzugung von offener Software und offenen Austauschstandards im Sinne von Art. 3 Abs. 4 Bayerisches Digitalgesetz sowie von europäischen Anbietern und Kompatibilität mit föderalen Plattformansätzen,
- zeitnah eine umfassende Bestandsaufnahme der digitalen Abhängigkeiten Bayerns vorzulegen und dafür unverzüglich in einer unabhängigen Untersuchung systematisch erfassen zu lassen, in welchen Bereichen – insbesondere in Verwaltung, kritischer Infrastruktur, digitaler Öffentlichkeit und Medienlandschaft, Bildung, Gesundheit und Forschung – Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern bestehen, welche Risiken dadurch entstehen und welche offenen, europäischen Lösungen vorhanden sind,
- auf Grundlage der Bestandsaufnahme eine ressortübergreifende Strategie zur Stärkung der digitalen Souveränität des Freistaates zu entwickeln. Diese Strategie soll

konkrete und messbare Ziele, Zeitpläne und Zuständigkeiten festlegen und sektorübergreifende Maßnahmen benennen, um Abhängigkeiten schrittweise zu verringern und bayerische, deutsche und europäische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Begründung:

Die aktuellen Planungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat im Hinblick auf eine flächendeckende Nutzung von Microsoft 365 in der bayerischen Staatsverwaltung werfen erhebliche Fragen auf. Trotz der strategischen Tragweite einer solchen Entscheidung fehlen bislang eine transparente parlamentarische Befassung, eine systematische Risikobewertung sowie eine nachvollziehbare Prüfung von Alternativen. Zugleich zeigt der öffentliche Konflikt innerhalb der Staatsregierung, dass es keine abgestimmte Digitalstrategie gibt, sondern grundlegende Bewertungen zwischen den Staatsministerien ungeklärt sind.

Eine strategische Bindung der bayerischen Staatsverwaltung an einen einzelnen außereuropäischen Anbieter birgt nicht nur technische und finanzielle Risiken, sondern auch sicherheits-, außen- und wirtschaftspolitische Abhängigkeiten. Diese sind vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden geopolitischen Lage und wachsender strategischer Rivalitäten besonders kritisch zu bewerten. Aussagen internationaler Akteure und jüngste politische Entwicklungen verdeutlichen, dass staatliche IT-Infrastrukturen nicht losgelöst von globalen Macht- und Rechtskonflikten betrachtet werden können.

Gerade bei Entscheidungen mit langfristiger Bindungswirkung und erheblichem finanziellem Volumen ist eine ergebnisoffene, vergleichende Alternativenprüfung unerlässlich. Offene Software, offene Austauschstandards und europäische Anbieter bieten hier besondere Chancen, Abhängigkeiten zu reduzieren, Interoperabilität zu stärken und öffentliche Mittel gezielt in europäische Wertschöpfung zu lenken. Art. 3 Abs. 4 des Bayerischen Digitalgesetzes formuliert hierfür bereits einen klaren gesetzlichen Auftrag, der konsequent umgesetzt werden muss.

Darüber hinaus fehlt bislang eine umfassende und ressortübergreifende Bestandsaufnahme der digitalen Abhängigkeiten des Freistaates. Ohne eine solche Grundlage ist weder eine strategische Priorisierung noch eine wirksame Steuerung möglich. Andere Bundesländer, insbesondere Schleswig-Holstein, haben begonnen, diese Fragen strategisch anzugehen und konkrete Schritte in Richtung größerer digitaler Souveränität zu unternehmen. Deren Erfahrungen zeigen, dass alternative, herstellerunabhängige Ansätze möglich sind und bieten wertvolle Anknüpfungspunkte für Kooperation und gegenseitiges Lernen. Mit Blick auf strategische Neuausrichtungen auf der europäischen und nationalen Ebene (insbesondere der Aufbau des EuroStacks sowie Deutschland-Stacks) müssen in Bayern vom Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder ausgehende Rufe nach mehr Souveränität mit konkreten strategischen Taten umgesetzt werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9712

**Milliardenentscheidungen nicht im Blindflug treffen:
Digitale Abhängigkeiten abbauen statt zementieren**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Florian von Brunn

Abg. Florian Köhler

Abg. Benjamin Adjei

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Tobias Beck

Staatsminister Albert Füracker

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Milliarden für Bayern statt dauerhafter Abhängigkeit: Digitale Souveränität des Freistaates sichern ([Drs. 19/9694](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Milliardenentscheidungen nicht im Blindflug treffen: Digitale Abhängigkeiten abbauen statt zementieren ([Drs. 19/9712](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eine ganz einfache Frage: Sollte man die Verwaltung unseres Freistaats jemandem anvertrauen, der jederzeit den Stecker ziehen kann? Genau das plant die Regierung Söder.

Seit dem Januar 2025 ist Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zurück im Weißen Haus. Er regiert brutaler als zuvor. Er tritt die Verfassung mit Füßen, missachtet das Völkerrecht und macht uns, seine NATO-Partner, schlecht. Und während Deutschland deswegen zu Recht über Souveränität und technische Unabhängigkeit von den USA diskutiert, will diese Regierung Söder ein Milliardenabo beim US-Konzern Microsoft abschließen.

Ich erinnere an einen Vorfall vom Februar 2025 in Den Haag, nämlich den hinsichtlich des Internationalen Strafgerichtshofs. Der Chefankläger ermittelte wegen Kriegsverbrechen im Gazastreifen. Dann verhängte Trump Sanktionen gegen ihn. Was passierte? – Microsoft sperrte die Konten, weil der US-Präsident das so wollte. Damit war

der Internationale Strafgerichtshof lahmgelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war eine laute Warnung an uns. Wollen wir wirklich, dass die bayerische Verwaltung, die Justiz oder unsere Polizei vom Wohlwollen aus dem Weißen Haus abhängen? Der Internationale Strafgerichtshof hat verstanden und steigt aus seinen Verträgen mit Microsoft aus. Was macht der Freistaat Bayern, die Regierung Söder? – Sie will sehenden Auges in die gleiche Falle laufen.

Auf meine Anfrage antwortete das Finanzministerium, die Entscheidung sei noch nicht gefallen und die Willensbildung noch nicht abgeschlossen. Ich glaube das nicht; denn eine Präsentation Ihrer eigenen Zukunftskommission belegt: Der Fahrplan ist längst fixiert. Es wird bereits am Vertrag gearbeitet. Es wird öffentlich abgewiegelt; intern werden aber Fakten geschaffen. Herr Füracker, ist das der Stil dieser Regierung?

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer Dremel (CSU) und des Staatsministers Albert Füracker)

Während der Finanzminister den Deal durchdrücken will, warnt der Digitalminister vor dieser Abhängigkeit. Und dann haben sie öffentlich darüber gestritten. Und dieser öffentliche Streit belegt ganz klar: Die CSU will den Vertrag. Warum sollte denn sonst Herr Mehring widersprechen? Warum denn sonst öffentlicher Streit mit Herrn Söder und mit Ihnen, Herr Füracker? – Weil die Entscheidung gefallen ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bei Ihnen herrscht komplette Ahnungslosigkeit!)

Aber wenigstens hat der Digitalminister Herr Mehring begriffen, dass das ein schwerer Fehler ist.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung!)

Am schrägsten an der Sache ist aber die Aussage von Markus Söder, das sei keine Frage der Souveränität. Ach nein? Was denn sonst? Sogar der Bundeskanzler sieht

das so. Kanzler Friedrich Merz sagte im November 2025 beim Gipfel zur digitalen Souveränität Europas: Der Schutz kritischer Daten ist eine Frage digitaler Souveränität. Der bayerische Finanzminister versucht nun, uns zu beruhigen: Wir nutzen eigene Server. Wir schließen einen Datenschutzvertrag mit Microsoft ab. – Herr Füracker, ich sage Ihnen: Das ist gefährliche Ahnungslosigkeit oder gezielte Irreführung. Die Realität ist: Es gibt keine Microsoft-Lösung, bei der eine Datenübertragung in die USA ausgeschlossen werden kann. Es gibt auch kein Microsoft 365 ohne die Cloud. Das heißt, der Schlüssel zu unserer Verwaltung liegt bei einem US-Konzern. Und das Gesetz, der U.S. CLOUD Act, Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act, sorgt dafür, dass Washington auf unsere Daten Zugriff hat. Es ist damit völlig egal, was in irgendwelchen bayerischen Verträgen steht.

Und was kostet dieser Handel? – Es ist unfassbar; denn Sie wollen nicht einmal sagen, was Sie zahlen müssen. Auf meine Anfrage hin antwortete das Finanzministerium wörtlich: Die Kostenermittlung steht noch aus. – Ich glaube Ihnen das nicht, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Wir wollen jetzt die Fakten auf den Tisch; denn nach allem, was wir wissen, reden wir hier über Abermillionen Euro jährlich und über Milliarden über die gesamte Vertragslaufzeit.

An dieser Ausgabe bzw. an diesen geplanten Ausgaben regt mich wirklich auf, dass wir bayerische Software- und IT-Unternehmen haben und es europäische Lösungen gibt. Es gibt also keine Notwendigkeit, die Abhängigkeit von den USA und Donald Trump noch zu verschärfen, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Das ist nicht nur eine Gefährdung unserer Souveränität, sondern das ist wirtschaftliche Verantwortungslosigkeit. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch an unseren Koalitionsvertrag erinnern, was Sie unterschrieben haben. Ich zitiere aus den Randnummern 2171 ff.: "Wir sorgen für unsere digitale Souveränität", und: "[Wir] treiben Open Source [...]"

voran." Aber Sie dagegen machen Bayern zum Abhängigen statt zum Architekten seiner eigenen Zukunft. Ich zitiere nochmals aus der Rede des Bundeskanzlers: "Deutschland kann im Schulterschluss mit anderen europäischen Partnern bei Technologien für unsere digitale Souveränität führend werden." Er hat recht – und das sage ich nicht oft über ihn.

Der Bund ist auf dem Weg. Schleswig-Holstein stellt um. Baden-Württemberg tut das ebenfalls. Nur Sie dagegen wollen mit Vollgas gegen die Wand fahren. Und deswegen unser Dringlichkeitsantrag: Stoppen Sie diesen Milliardendeal! Stattdessen sollte es einen Beitritt zum Zentrum für Digitale Souveränität, openDesk statt Office geben. Lassen Sie uns unsere digitale Souveränität sichern, statt jedes Jahr Abermillionen an Steuergeld in die USA zu überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns das Geld lieber in Bayern investieren, in unsere Unternehmen und in unsere Unabhängigkeit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Florian Köhler von der AfD-Fraktion vor.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Genosse von Brunn!

Florian von Brunn (SPD): Ich bin nicht Ihr Genosse!

Florian Köhler (AfD): Sie haben gerade leidenschaftlich vor einer Abhängigkeit von unseren amerikanischen Bündnispartnern gewarnt. Sie tun so, als hätten Sie bzw. Ihre Partei das gerade so erfunden. Wie erklären Sie denn den Bürgern diesen antiamerikanischen Eifer? Gleichzeitig ließ sich die SPD zur Ausrichtung ihrer Parteitage in den letzten Jahren von amerikanischen Großkonzernen finanziell großzügig unterstützen,

wie zum Beispiel von McDonald's, dem Zigarettenhersteller Philip Morris, Amazon, Mastercard, Google und sogar Microsoft. Oder gilt Ihre Kritik an amerikanischen Abhängigkeiten nur dann, wenn es politisch opportun ist, während man sich gleichzeitig von US-Konzernen die Parteitage finanzieren lässt? Erklären Sie mir das bitte.

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Eine Partei, die Geschäfte mit Russland macht,

(Zurufe von der AfD)

bzw. deren Mitglieder zum persönlichen Fanclub von Donald Trump zählen, braucht hier gar nicht mit großen Sprüchen aufzuwarten. Das sage ich Ihnen mal ganz ehrlich.

(Zurufe von der AfD)

Mich wundert durchaus, was Sie hier vorbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ihre Mitglieder begrüßen doch die Politik von Donald Trump.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Anscheinend haben Sie immer noch nicht verstanden, worum es geht. Es geht darum, dass wir unsere Verwaltung nicht ausliefern sollten, und zwar indirekt an die amerikanische Regierung, der man im Moment nicht trauen kann. Darum geht es. Dazu haben Sie bisher nichts gesagt.

(Florian Köhler (AfD): Es geht in meiner Zwischenfrage um die SPD!)

Ich bin gespannt, ob dazu noch irgendwas Vernünftiges von Ihnen kommt.

(Beifall bei der SPD – Oskar Lipp (AfD): Von Ihnen jedenfalls nicht!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, wir haben im Weißen Haus einen Schalter. Wenn dieser Schalter umgelegt wird, dann ist die Verwaltung in Bayern aus. Dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ist genau das passiert. Ihm wurde sprichwörtlich der Stecker gezogen bzw. der Schalter gedrückt. Von einem Tag auf den anderen wurden zentrale Microsoftkonten gesperrt und alltägliche Abläufe lahmgelegt. Das alles geschah nicht aus rationalen und verständlichen Gründen, sondern nur deshalb, weil Donald Trump Entscheidungen von einem unabhängigen Gerichtshof einfach nicht gefallen haben.

Jetzt steht die Bayerische Staatsregierung davor, eine Milliardenentscheidung mit jahrelanger Bindung an genau diesen Microsoft-Konzern zu treffen. Gleichzeitig erleben wir innerhalb der Bayerischen Staatsregierung einen öffentlichen Streit, wie wir ihn in dieser Form noch nie gesehen haben. Der Finanzminister erklärt: Alles ist vollkommen unproblematisch. Mit Fragen zu Risiken, zu geopolitischen Folgen, zu digitaler Souveränität möchte er sich nicht beschäftigen. Das Ministerium hüllte sich komplett in Schweigen und tut so, als gehe es ungeachtet der geopolitischen Lage um eine reine Formsache. Der Digitalminister sagt aus fachlicher Sicht völlig korrekt: Das müsste man ergebnisoffen neu bewerten. Er sagt gar nicht, man müsse alles anders machen, sondern er sagt, man müsse neu bewerten. – Ihm werden Fake News unterstellt und ein Maulkorb verpasst. Liebe Leute, das ist kein normaler Dissens, das ist ein strategisches Führungsproblem, das wir seit Jahren bei dieser Kombination zwischen Finanzministerium und Digitalministerium hier erleben müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, ob der Finanzminister während seines Skiurlaubs einmal Nachrichten geschaut hat. Das wäre sinnvoll gewesen; denn dann hätte er mitbekommen, wie

drastisch sich die geopolitische Lage in den letzten Wochen verändert hat. Digitale Abhängigkeiten sind heute keine rein technische oder finanzielle Sache mehr. Ganz im Gegenteil, das sind geopolitische Machtfragen. Wer zentrale staatliche IT in Ministerien, in Behörden, in Kommunen kontrolliert und an einen einzigen außereuropäischen Konzern übergibt, der macht sich rechtlich und politisch von technischen Fragen abhängig.

In einer Welt, in der geopolitische Konflikte zunehmen, in der internationale Rechtsordnungen unter Druck geraten und politische Verlässlichkeit keine Selbstverständlichkeit mehr ist, ist das ein Realität gewordenes Risiko. Digitale Souveränität ist keine Ideologie. Das muss die CSU endlich einmal verstehen, einfach einmal nach rechts und einmal nach links gucken, um zu sehen, was in der Welt alles passiert.

Man kann sich die nationale Sicherheitsstrategie der US-Amerikaner ansehen. Darin steht ganz klar, dass die Amerikaner monopolartige Strukturen im Bereich der Technologie vorantreiben, strategische Abhängigkeiten vertiefen und für nationale Interessen auf Europa einwirken wollen. Das steht schwarz auf weiß in der nationalen Sicherheitsstrategie, und Finanzminister Füracker sagt: Hey, coole Idee, das mache ich auch so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sagen deshalb: Wir müssen endlich einmal wissen, wo wir eigentlich stehen, und dann strategisch entscheiden. Deshalb fordern wir Transparenz. Herr Kollege von Brunn hat gerade schon ausgeführt, wie wenig Transparenz seitens des Ministeriums der Fall ist. Wir brauchen eine systematische Bewertung der sicherheits- sowie außen- und wirtschaftspolitischen Risiken. Wir brauchen eine echte ergebnisoffene Prüfung der Alternativen, und wir brauchen endlich eine ressortübergreifende Strategie, wie mit der digitalen Souveränität in Bayern umgegangen und wie sie vorangetrieben wird.

Das ist kein theoretisches Wunschdenken. Richten wir doch einmal einen Blick nach Schleswig-Holstein. Ich weiß, Markus Söder macht das sehr ungern, weil Daniel Günther dort einen ziemlich guten Job macht.

(Widerspruch bei der CSU)

Dort regiert eine CDU-geführte Regierung, die ganz konsequent auf offene Standards, auf Open Source, auf herstellerunabhängige IT-Architekturen setzt und mittlerweile 80 % der Verwaltung frei von Microsoft betreiben kann – nicht deswegen, weil es bequem ist, sondern weil man dort verstanden hat, dass Kontrolle und Sicherheit langfristig deutlich wichtiger sind als kurzfristige Bequemlichkeit, auf die man sich hier in Bayern so gerne konzentriert. Wenn es in Schleswig-Holstein möglich ist, dann ist es – jedenfalls wenn man es wirklich will – doch auch bei uns in Bayern möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Souveränität entsteht nicht durch Beschwichtigung, sondern sie entsteht durch verantwortungsvolle Politik. Diese sehen wir hier leider nicht. Wir GRÜNE zeigen, wie das geht. Jetzt ist die Staatsregierung am Zug: Transparenz herstellen, Risiken offenlegen und den Kurs korrigieren. Alles andere wäre fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Dr. Stefan Ebner. Herr Kollege, bitte schön.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zwei Anträge, die viel Aufmerksamkeit erzeugen; aber inhaltlich bleiben sie dünn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Der Antrag ist ein sehr durchsichtiger Versuch, von der eigenen und steigenden Bedeutungslosigkeit abzulenken, statt inhaltlich etwas beizutragen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir diskutieren das trotzdem gerne. Es ist legitim, dass Sie als Opposition Fragen stellen, vor allem auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel; aber Sie verursachen eine maximale Verunsicherung bei den Kommunen, bei der Wirtschaft, bei den Bürgern und in der Politik.

Zu den Fakten: Das Finanzministerium trägt die Verantwortung für die operative IT der gesamten bayerischen Staatsverwaltung. Gemeinsam mit den IT-Behörden, dem Landesamt für Digitalisierung, mit dem IT-Dienstleistungszentrum, mit dem Landesamt für Steuern, dem Rechenzentrum Nord, dem Landesamt für Finanzen bis hin zum LSI, stellt es einen sicheren, effizienten und wirtschaftlichen IT-Betrieb sicher.

Meine Damen und Herren, seit Jahrzehnten nutzen die meisten Behörden wie auch die meisten der 2.056 Kommunen in Bayern Betriebssysteme und Office-Anwendungen von Microsoft. Wichtig ist, jede Kommune und jede Behörde kann freiwillig entscheiden, ob sie diese nutzt oder nicht. Zum Verständnis sei angemerkt: Es gibt aktuell einen Strategiewechsel der meisten Hersteller. Dies ist nicht nur bei Microsoft, sondern bei vielen anderen, beginnend bei SAP, Adobe etc. bis hin zu Mietmodellen und Cloud-Services der Fall. Deswegen gibt es Handlungsbedarf. Die Konfiguration von Microsoft-Anwendungen ist hochkomplex.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wären dezentrale Einzellösungen unverantwortlich und von den Kommunen schlichtweg nicht leistbar. Stellen Sie sich eine Kommune mit 3.000 Einwohnern vor. Der Bürgermeister hat eine Handvoll Mitarbeiter zur Verfügung. Um eine sinnvolle, gute und professionelle Umsetzung zu gewährleisten, müsste überall in diesen Kommunen immer ein IT-Profi vor Ort sein, der zudem ständig up to date ist. Das ist nicht leistbar. Wer so etwas fordert, ist weit weg von der Basis. Deswegen übernimmt das Finanzministerium gemeinsam mit den Behörden auf ausdrücklichen Wunsch der Kommunen diese Koordinierungs- und Steuerungsaufgabe.

In Bezug auf die aktuelle Diskussion ist das eigentlich alles nichts Neues. Auslöser der aktuellen Debatte ist ein offener Brief aus dem Open-Source-Umfeld, begleitet von Medienberichten, darunter auch die Behauptung dieses angeblichen Milliardenauftrags. Meine Damen und Herren, alle, die das in den Mund nehmen, wissen, dass das nicht stimmt. Das sind schlichtweg Fake News.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Dann soll der Finanzminister einmal aufklären!)

Dem Landtag lagen bereits mehrere Schriftliche Anfragen zu diesem Themenkomplex vor, die fristgerecht auch beantwortet wurden. Die jüngste Anfrage befasst sich erneut mit digitaler Souveränität, mit Datenschutz, mit Open Source, mit der zukünftigen IT-Strategie, mit all diesen Themen, die jetzt in diesen beiden Anträgen stehen. Die zugehörige Antwort, meine Damen, meine Herren von der SPD und den GRÜNEN, wollte man aber offensichtlich nicht abwarten.

Jetzt zu den Inhalten Ihres Antrags zur Vertragssituation: Die SPD verlangt, die Vertragsverhandlungen mit Microsoft auszusetzen. Die GRÜNEN wollen einen Bericht, den Sie im Nachzieher formuliert haben. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass am 2. Februar im Ausschuss darüber mündlich berichtet wird. Vielleicht sprechen Sie sich einfach einmal intern ab, dann wüssten Sie das auch.

Richtig ist, wir verhandeln keinen neuen Rahmenvertrag. Microsoft-Produkte werden über einen im Jahr 2023 EU-weit ausgeschriebenen Vertrag bezogen. Das Problem ist nicht der Vertrag, sondern aktuell die über 40 dezentralen Beitritte der staatlichen Behörden; diese verhindern Rabatte und führen zu Ineffizienzen. Deshalb wird eine Konsolidierung mit entsprechenden Wirtschaftlichkeitsanalysen geprüft. Neue Datenschutz-Zusatzvereinbarungen, KI-Zusatzvereinbarungen etc. werden diskutiert und stehen zur Debatte.

Zum Vorschlag, openDesk auch finanziell zu unterstützen, was ein Teil Ihres Antrags ist: Das wurde vom Finanzministerium geprüft, und das Ergebnis ist eindeutig. Es handelt sich hierbei lediglich um ein Bürokommunikationspaket und nicht um eine in-

tegrierte Arbeitsplatzumgebung mit allem, was dazugehört, wie Administration, Sicherheitsarchitektur und KI-Funktionalität. openDesk zu einem vollwertigen Wettbewerber von Microsoft auszubauen, wäre ein erheblicher Kraftakt und müsste föderal organisiert werden. Das wissen Sie.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Wird es ja! Sie haben ja keine Ahnung!)

Souveränität lässt sich nicht darauf reduzieren, ob Microsoft genutzt wird oder nicht. Diese Marktrealität blenden Sie im Antrag aus.

Eine weitere Forderung von Ihnen ist ein Investitionsprogramm: Sie wollen 250 Millionen Euro als Förderprogramm, das ausschließlich bayerischen Softwareunternehmen vorbehalten wäre. Sie wissen genau, dass das rechtlich äußerst problematisch und zweifelhaft wäre und angesichts der Haushaltslage – so viel Realitätssinn traue ich Ihnen zu – aktuell nicht darstellbar wäre. Wir haben bestehende Förderprogramme, zum Beispiel den Digitalbonus, für den ein zweistelliger Millionenbetrag eingeplant ist.

Zum Thema "Souveräner Arbeitsplatz 2030", was Teil Ihres Antrags ist: Bayern steht klar zur digitalen Souveränität. Wir setzen auf eigene staatliche Rechenzentren. Dort liegt die Datenhoheit. Wir nutzen sowohl Microsoft-Lösungen als auch Open-Source-Software, und das seit Jahrzehnten, beispielsweise in den 51 Vermessungsämtern. Ein vollständiger Umstieg der gesamten Verwaltung auf Open Source wäre jedoch so kostenintensiv, langwierig und risikobehaftet, dass dies unrealistisch ist. Sie wissen genau, dass die Landeshauptstadt München daran kläglich gescheitert ist.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Nicht wegen der Kosten!)

Zudem würde ein solcher Schritt Innovationspotenziale schmälern. Die Diskussion greift also viel zu kurz, und die digitale Souveränität, meine Damen und Herren, ist nicht auf Microsoft reduzierbar, ebenso wenig wie unsere Abhängigkeiten von Apple und Google.

Im Übrigen – auch das sei an dieser Stelle erwähnt – nutzen Großkonzerne wie beispielsweise BMW nicht nur Arbeitswerkzeuge wie MS Office, sondern haben ihre kompletten Rechenzentrumsinfrastrukturen und damit den gesamten Rechenzentrumsbetrieb in die MS Cloud ausgelagert. Was wäre eigentlich, wenn es diesen Kill Switch gäbe, also die komplette Abschaltung? – Ich glaube, dann gäbe es noch andere Probleme als die Frage, ob in den Behörden dann noch Word, Excel oder Outlook genutzt werden kann.

Meine Damen, meine Herren, wir arbeiten hier in Bayern an einer modernen, sicheren und souveränen IT-Infrastruktur und IT-Landschaft – faktenbasiert, rechtssicher und wirtschaftlich. Die vorliegenden Oppositionsanträge tragen dazu nichts bei. Deswegen werden wir sie ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen, zunächst der Kollege Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Ebner, zuerst, weil Sie ja schon wieder von Fake News gesprochen haben: Sie sagen, die 200 Millionen Euro, von denen gesprochen wird, wären Fake News. Was sind denn dann die Zahlen? – Damit rücken Sie ja nicht heraus. Das, was die Expertinnen und Experten, die sich mit der Microsoft-Infrastruktur und mit Preisen auskennen, ausgerechnet haben, liegt eben genau bei den 200 Millionen Euro pro Jahr.

Dann haben Sie gesagt, dass openDesk ja föderal aufgebaut werden sollte. – Genau das ist es. Das wird unter der Schirmherrschaft des Bundes gemacht, und Bundesländer können beitreten. Das ist der Antrag der SPD. Das kann man gerne machen und sagen, wir machen das, wir gehen da föderal voran.

Und wenn Sie die Gelder ansprechen: Schleswig-Holstein hat ja die Umstellung gemacht, übrigens ohne dass alle irgendwie in Panik geraten sind. Sie haben dafür

weniger Geld an Gesamtkosten ausgegeben, als sie im Vorfeld pro Jahr an Microsoft überwiesen hatten. Das heißt, die haben bereits nach dem ersten Jahr Geld gespart.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Stefan Ebner (CSU): Herr Kollege, Sie wissen genau – ich glaube, Kollege von Brunn, Sie haben das in Ihrem Wortbeitrag auch erwähnt –, dass im Ministerium die Willensbildung, die Diskussion und entsprechend auch die ganzen Wirtschaftlichkeitsprüfungen noch in vollem Gange sind. Deswegen gibt es zu dieser Zahl dann sicherlich auch beizeiten Auskunft.

Versuchen Sie deswegen jetzt nicht, irgendwie einen Skandal herbeizureden und irgendwelches Entsetzen hervorzurufen. Das ist Ihr kläglicher Versuch, von anderen Sachen abzulenken.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich verstehe nach dem Desaster, was Sie letzte Woche in Brüssel geschafft haben,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

dass Sie jetzt versuchen, die Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu legen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist legitim, das dürfen Sie, aber es ist durchschaubar. – Vielen Dank.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wie haben denn die Abgeordneten des Koalitionspartners in Brüssel abgestimmt?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Und eine zweite Zwischenbemerkung: Kollege von Brunn, bitte.

Florian von Brunn (SPD): Erst einmal möchte ich festhalten, dass es schon ein bemerkenswerter Vorgang ist, wenn man eine Anfrage ans Ministerium stellt und

über den Stand dann ein CSU-Abgeordneter oder die CSU-Fraktion informiert wird. Das finde ich schon einen ziemlich unglaublichen Vorgang: eine nicht beantwortete Anfrage, wie Sie selbst gerade am Rednerpult eingeräumt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Ich finde es bemerkenswert, dass Sie gar keine Ahnung vom Thema haben.

(Peter Wachler (CSU): Unverschämt!)

Ich könnte Ihnen jetzt alles aufzählen, was openDesk an Möglichkeiten bietet: Aufgaben, Chat, Dateien, Dokumente, E-Mail, Kalender, Kontakte, Notizen, Projektsteuerung, Videokonferenz – das sind die gleichen Funktionalitäten wie bei Teams – usw. – Also, da zur Aussage zu kommen, es wäre nicht vergleichbar mit dem, was Microsoft bieten könnte!

Der dritte Punkt ist, dass das Ministerium jetzt doch versucht, den Schaden zu begrenzen und uns hier mit Fake News hinter in den Busch zu führen. Sie wollten erst einen Vertrag mit Microsoft machen, den Sie jetzt zum Handelspartnervertrag umdefinieren. Es wurde erst auch noch die Verteidigungslinie gefahren,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Lüge! Sie lügen!)

es würde auf bayerischen Servern installiert, was totaler Nonsens ist, –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf Ihre Redezeit.

Florian von Brunn (SPD): – ohne Cloud, ohne Verbindung zu Microsoft technisch nicht möglich.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Lieber Herr von Brunn, wenn ich richtig informiert bin, waren Sie in Ihrem Leben 13 Jahre lang IT-Berater. Sie sind ja eigentlich vom Fach. Wer

vorhin Ihre Rede gehört hat, war schon etwas überrascht. Ihre IT-Kenntnisse klingen eher wie IT-Support aus der Kneipe um halb drei nachts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Sehr gut! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Diese Arroganz!)

Sie haben vorhin etwas von Steckerziehen gesagt: Ich wäre dafür, dass man bei diesem Thema bei Ihnen vom Mikrofon den Stecker zieht. – Herzlichen Dank.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das war sehr billig von Ihnen! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Kollege Florian Köhler, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der SPD-Dringlichkeitsantrag "Digitale Souveränität des Freistaats sichern" klingt auf den ersten Blick wie ein patriotischer Weckruf: weg von Microsoft hin zu digitaler Souveränität, Open Source und bayerischer Wertschöpfung.

Das klingt nach einer SPD, die gegen US-Konzerne wettet und statt dauerhafter Abhängigkeit Milliarden für Bayern fordert, endlich mal nach einer SPD, die ans eigene Land und nicht an Aufsichtsratsposten denkt – an Gerhard Schröder haben Sie, als Sie den Antrag geschrieben haben, offensichtlich nicht gedacht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Aber lassen Sie uns ehrlich sein: Das ist pure Heuchelei, was Sie hier abziehen! Jahrzehntlang haben die SPD und ihre Koalitionspartner in Bund und Land genau diese Abhängigkeit von amerikanischen Monopolen wie Microsoft sogar gefördert:

(Florian von Brunn (SPD): Wir haben uns gegen den Irakkrieg gewandt! Gerhard Schröder!)

Lizenzverträge in Milliardenhöhe, CLOUD Act, der US-Behörden Zugriff auf unsere Daten gibt, selbst auf europäischen Servern – der SPD war das egal, solange es bequem war. Und nun nach dem Debakel mit dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Druck der USA plötzlich der große Aufschrei. – Das ist typisch rot-grüne Symbolpolitik: zu spät, zu teuer, zu bürokratisch.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD sagen: Digitale Souveränität ist essenziell für einen souveränen Freistaat. Unsere Justiz, Polizei und Verwaltung dürfen nicht vom Wohlwollen Dritter abhängen. Das ist klar.

Open Source wie openDesk ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das muss geprüft und gefördert werden, wo es sinnvoll und anwendbar ist. Das ist im Grundsatz richtig. Aber das macht man eben nicht mit 250 Millionen Euro neuen Steuergeldern, die in ZenDiS, EU-ähnliche Strukturen und Investitionsprogramme fließen, die letztlich wieder in Berlin oder Brüssel versickern.

Machen wir uns ehrlich: Unsere heimische IT-Industrie hat nun einmal in vielen Bereichen den Anschluss an die Weltspitze verloren. Sie können sich darauf verlassen, dass innovative bayerische Firmen der Bereiche Software und Digitaltechnik sowie Unternehmen der Halbleiterindustrie für uns zur kritischen Infrastruktur gehören, die auch nicht ins Ausland verkauft werden darf.

Ich muss aber ganz ehrlich sagen: Ich finde es ärgerlich, wenn Sie hier einen Mickey-Maus-Aufstand proben, aber selber wissen, dass wir hier am Markt sonst kein anderes wettbewerbsfähiges, vergleichbares Produkt haben.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie dafür Geld aus den USA bekommen?)

Es ist auch aussichtslos, dass so etwas in naher Zukunft entstehen wird.

Das führt uns zu einer Grundsatzfrage, die wir auch als Gesellschaft führen müssen: Wollen wir es erst einmal einfacher und günstiger haben und dafür von Microsoft abhängig bleiben? Oder wollen wir unabhängiger werden und dafür mehr bezahlen und es sogar umständlicher haben, weil wir eine eigene Software bräuchten? – Es gibt nun mal keine eierlegende Wollmilchsau.

Wir sehen einen sofortigen Stopp aller neuen Microsoft-Verträge oder der Vertragsverhandlungen kritisch. Das würde zu Verwerfungen führen, die insbesondere die Wirtschaft und die Bürger spüren würden. Die Förderung heimischer IT-Firmen muss direkt und ohne Umwege über ZenDiS oder so einen Quatsch erfolgen.

Vor allem sollte man endlich einmal die richtigen Prioritäten für die echten Probleme Bayerns setzen. Das wären die Migration, die Energiekosten und eine erodierende innere Sicherheit. Wo bleibt da die Souveränität? – Stattdessen pumpt man Millionen in IT-Experimente, die Schleswig-Holstein schon halbherzig probiert hat. Das ist unserer Meinung nach ein Fehler.

Wir stehen für ein unabhängiges, starkes Bayern – souverän, digital, souverän in allem. Aber die Souveränität fängt eben nicht erst bei Microsoft an.

Deswegen lehnen wir nicht nur Ihren Antrag ab, sondern auch den der GRÜNEN. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 19/9694 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Nächster Redner: Kollege Tobias Beck, Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher! Der Dringlichkeitsantrag der SPD und der Nachzieher der GRÜNEN befassen sich mit dem Thema digitale Souveränität.

In den letzten Wochen liefen viele Diskussionen. Wir FREIE WÄHLER stützen die Meinung unseres Digitalministers Fabian Mehring. Wir haben dazu einstimmig einen Fraktionsklausurbeschluss gefasst.

Ich habe vor meiner Tätigkeit im Landtag als Systemarchitekt gearbeitet und genau solche Lösungen begleitet und gebaut. Ich kann nur sagen: Mir ist keine Microsoft-Cloud-Lösung bekannt, die ohne Verbindung nach Amerika auskommt. Das ist so. Sie kann nicht ausschließlich in bayerischen Rechenzentren betrieben werden. Meiner Meinung nach müssen wir den Dringlichkeitsantrag und auch den Nachzieher ablehnen. Der ist für uns nicht substantiiert. Wir unterstützen die Meinung von Fabian Mehring und freuen uns auf konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege! Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung: Kollege Benjamin Adjei, bitte.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Das war eine sehr kurze Rede. Ich kann in den Grundzügen zustimmen. Ich hätte mir ein anderes Votum gewünscht. Ich kann aber eines empfehlen: Da der Bayerische Ministerpräsident ja Schleswig-Holstein bzw. den Ministerpräsidenten dort meidet wie der Teufel das Weihwasser,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wie kommen Sie auf einen solchen Schmarrn?)

wäre es vielleicht mal etwas für die FREIEN WÄHLER, sich nach Schleswig-Holstein zu begeben und sich dort mit den IT-Expertinnen und -Experten auszutauschen. Vielleicht lernen Sie dann auch noch etwas

(Michael Hofmann (CSU): Bring dann gleich wieder unsere Milliarden aus dem Länderfinanzausgleich mit!)

und merken, warum man unsere Dringlichkeitsanträge eigentlich annehmen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Ich werde es mir merken. Soweit ich weiß, ist das zum Urlaubmachen kein schlechtes Ziel. Dann schauen wir mal.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker um das Wort gebeten. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja so, dass wir weltweit – ich hätte fast gesagt: weltpolitisch – disruptive Zeiten erleben. Jahrelange Selbstverständlichkeiten gelten nicht mehr. Gleichzeitig gibt es eine technische Revolution, wie es sie noch nie gab: Künstliche Intelligenz, Super-Chips, Quantencomputing, Cloud-Infrastruktur. Dass man da viele Begriffe auch mal durcheinanderbringen kann, verstehe ich sogar.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Souveränität und Eigenverantwortung werden immer wichtiger. Dass wir in Europa einen erheblichen Nachholbedarf haben, ist offensichtlich. Aber naiv wäre es, auch zu glauben, wir könnten uns mit einer Abkoppelung gleichsam der globalen Entwicklung entziehen, mit führenden und bewährten US-amerikanischen Anbietern wären all diese Fragen gelöst, wenn wir uns nur abkoppeln – meine Damen und Herren, wir müssen unideologisch Politik betreiben, uns am Machbaren orientieren und Realitäten akzeptieren.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Wir können alles bauen, was wir wollen – nur werden Luftschlösser nicht stabil sein.

Deshalb unterziehe ich mal den Dringlichkeitsantrag gerne einem Realitätscheck. Realität ist: Die Dominanz US-amerikanischer Unternehmen im IT-Sektor ist gravierend, zum Beispiel beim Zukunftsthema KI: Google, Amazon, Microsoft investieren hohe zweistellige Milliardenbeträge pro Jahr in KI-Forschung, in KI-Rechenzentren. Was macht Europa? – Wir starten gerade. Wir starten Initiativen, um KI-Rechenzentren zu etablieren. Mobile Endgeräte basieren größtenteils auf iOS von Apple oder Android von Google und nutzen natürlich deren eigene Cloud-Systeme.

Ich weiß nicht, wer von der SPD oder den GRÜNEN alles zum Beispiel ein iPhone dabei hat, wer Google nutzt. Ich weiß nicht, welche Betriebssysteme Sie auf Ihren Computern haben. Vielleicht mache ich einmal eine Landtagsanfrage, ob die SPD-Landtagsfraktion schon Microsoft-frei ist. In Rechnern verbaute Hardware, Prozessoren, Grafikkarten, KI-Prozessoren werden international hergestellt. Auch hier haben US-amerikanische Firmen die Nase vorn. Die Folge ist eben: Wer innovative Software und KI nutzen will, kommt aktuell an US-Firmen halt nicht ganz vorbei.

Das hat im Übrigen auch eine wirtschaftspolitische Dimension, ich teile das. Wollen wir diese Firmen weiterhin in Deutschland haben, sogar in Bayern? Wir begrüßen ja auch Investitionen dieser Firmen bei uns in Bayern, manchmal sogar persönlich, und freuen uns, dass das wichtige Arbeitgeber sind.

Was macht der Freistaat aktuell? – Wir wollen die Nutzung von Office-Produkten am Arbeitsplatz optimieren. Wir sprechen nicht, kein Wort, über Hardware oder über Netzwerkkomponenten. Um es ganz klar zu sagen, und das wurde x-mal beantwortet, meine Damen und Herren, und alle Landtagsanfragen dazu sind beantwortet: Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat verhandelt keine neuen, milliardenschweren Verträge. Und: Wir hatten das auch nie vor.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie halt zu! Ihnen hat man zugehört. Sie sind heute wieder der Oberdazwischenschreier, und da glauben Sie, damit werden Sie berühmt. Hören Sie zu, dann lernen Sie etwas.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Unser Ziel ist es, dass wir in einem begrenzten Bereich bisherige Konditionen verbessern. All das, was wir hier tun, geschieht mit hoher Transparenz und Zustimmung und ausdrücklicher Akzeptanz aller Ministerien und der dringenden Bitte der bayerischen Kommunen, das zu tun. Wir reden über Rabattstaffeln, über Zusatzvereinbarungen für mehr Datenschutz im Rahmen bestehender Verträge. Darum geht es im Schwerpunkt, meine Damen und Herren.

Das Ganze ist auch nicht geheim und hinterrücks passiert. Ich weiß gar nicht, wie viele Presseanfragen ich beantwortet habe, wo ich genau das gesagt habe, wie viele Landtagsanfragen ich beantwortet habe, wo wir genau das mitgeteilt haben. Aber selbst heute wird wieder unterstellt, wir würden milliardenschwere Verträge verhandeln. Es ist einfach nicht wahr. Dann sage ich es eben auf Deutsch: Es ist einfach nicht wahr.

Wir dürfen im Übrigen etwas anderes vergaberechtlich auch gar nicht tun. Dafür ist nämlich mein Ministerium überhaupt nicht zuständig. Die aktuelle Debatte, die gerade in der Öffentlichkeit geführt wird, geht also vollkommen an dem vorbei, was wir in Wirklichkeit gerade tun.

Wie ist in Bayern die Ausgangslage? – Seit den 1960er-Jahren nutzen wir, die staatliche und die kommunale Verwaltung, Microsoft-Produkte. Dass nun die Unternehmen und insbesondere Microsoft die technischen Rahmenbedingungen ändern, ist allzeit bekannt, auch die Lizenzpolitik. Falls nun in der Staatsregierung und bei den Kommunen der Wunsch bestehen sollte, weiterhin Microsoft-Produkte zu verwenden, gibt es somit Koordinierungsbedarf.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal erwähnen, dass bisher alle Ressorts diesen Wunsch klar zum Ausdruck gebracht haben. Ein eventueller Einsatz muss dann eben möglichst wirtschaftlich, datenschutzkonform und sicher sein. Hier helfen wir. Hier kümmern wir uns darum, dass diese Vereinbarungen, die es schon gibt, so fortentwickelt und konsolidiert werden können, dass sie nutzbar sind unter guten wirtschaftlichen Voraussetzungen. Das ist ein klarer Auftrag des Rats der Ressort-CIOs. Das ist kein Auftrag, den die Kommunen vor ein paar Jahren gegeben haben. Der Rat der Ressort-CIOs hat uns im letzten Jahr damit beauftragt. Die kommunale Familie in der Zukunftskommission hat das nicht nur begrüßt, sondern auch gefordert, das zu tun, damit auch die Kommunen, die naturgemäß pro Einzelkommune wenige Lizenzen nutzen, diese, wenn sie sie nutzen wollen, zu einem Preis nutzen können wie der Staat auch. Da geht es nicht um Verpflichtung, Flächendeckung, Ausrollung, da geht es nicht um ganz Bayern. Da geht es darum zu ermöglichen, dass im Rahmen dieser Konsolidierung jeder, der das nutzen möchte, das nutzen kann. Wer es nicht nutzen möchte, braucht es nicht zu nutzen. So kann das Ministerium aus Microsoft aussteigen, die SPD-Landtagsfraktion und auch jeder im kommunalen Bereich, der das möchte. Die Herausforderungen sind zentral. Es ist kein Zwang, für niemanden, das auch zu nutzen.

Wir sorgen als Finanz- und Heimatministerium mit unseren IT-Behörden in unserem Geschäftsbereich seit Jahren für einen sicheren, effizienten und wirtschaftlichen IT-Betrieb. Wir haben im Übrigen 2.700 Expertinnen und Experten in unseren digitalen Behörden beschäftigt. Uns ständig zu unterstellen, wir würden irgendetwas machen, was dem digitalen Freistaat Bayern schadet, ist ehrlich gesagt für die Menschen, die das profihaft umsetzen – nicht der Minister, der ist kein IT-Profi – und fachlich und sachlich gut arbeiten, schade. Das muss ich schon mal sagen. Es ist echt interessant, dass immer wieder über die Medien Dinge verbreitet werden, die einfach so nicht stimmen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere staatlichen Rechenzentren bieten sowohl Standardsoftware als auch Open-Source-Lösungen an. Bayerische Vermessungsverwaltung zum Beispiel: Hier haben wir vom Betriebssystem bis zu den Applikationen Open-Source-Lösungen. Die "BayernCloud Schule", von uns entwickelt, Open-Source-basierte Kommunikationslösungen für die Steuerverwaltung, Stichwort "IKONOS". Wir beschaffen Cloud-Dienste strategisch über unser IT-Dienstleistungszentrum gleichsam als Cloud Broker, um unsicheren Wildwuchs zu vermeiden. Wir müssen nicht nach Schleswig-Holstein schauen. Unsere 51 Vermessungsämter arbeiten seit den 1960er-Jahren komplett mit Open-Source-Arbeitsplätzen.

Meine Damen und Herren, auch andere Beispiele sind heute genannt worden, größere Städte in unmittelbarer Nähe, wo man gesehen hat, dass es nicht immer ganz so einfach ist, wie man in der Theorie verbreiten mag. Es geht um Fragen der Sicherheit und des Datenschutzes. Das Ganze betrifft im Übrigen mit viel größerer Dringlichkeit, als wir alle glauben, die bayerischen Kommunen. In der Zukunftskommission war es stets Konsens, ja sogar Forderung aller Beteiligten, dass die Nachnutzung der staatlichen Verhandlungsergebnisse, zum Beispiel auch der Datenschutzzusatzvereinbarung und der technischen Konfiguration, durch die Kommunen ermöglicht werden kann. Diese Bündelung der Lizenzbedarfe führt dazu, dass man die höchste Rabattstaffel erreichen kann. Wenn der Bayerische Landtag das nicht will, teile ich den bayerischen Kommunen mit, dass der Bayerische Landtag das nicht will. Ich schließe keine milliardenschweren Verträge. Wenn man das noch hundertmal behauptet, wird es nicht automatisch wahrer. Wir haben nur durch technische Standards ein hohes IT-Sicherheitsniveau erreicht. Wir beabsichtigen nicht, die Kommunen beim Thema M 365 alleinzulassen. Es gibt keine verpflichtende Flächendeckung. Das war zu keinem Zeitpunkt geplant. Es ist ein Angebot an die Kommunen, die es nutzen möchten.

Von der digitalen Souveränität wird immer wieder so gesprochen, als hätten wir bei uns Daten, die nach Amerika gehen und dort gespeichert werden. Mich wundert, dass niemand derjenigen, die jetzt plötzlich wissen, was wir angeblich alles falsch machen,

sich im letzten Vierteljahr, im letzten Halbjahr, im letzten Jahr, in den letzten Jahren auch nur einmal dafür interessiert hätte, wie der Freistaat Bayern Daten speichert. Ich weiß nicht, ob alle Abgeordneten und alle, die sich auch im Kabinett um diese Themen kümmern, schon einmal in einem Rechenzentrum waren und sich von unseren Expertinnen und Experten haben erklären lassen, wie wir das machen. Das muss ja auch niemand tun.

Meine Damen und Herren, eines steht fest: Unser Kernziel ist, dass die ständige Verfügbarkeit unserer Daten auf eigenen Systemen jederzeit gewährleistet ist. Das ist das Entscheidende. Auch wenn Cloud-Dienste, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Verfügung stehen, müssen unsere Systeme laufen und der Freistaat Bayern an die Daten kommen. Das ist die Datensouveränität, die ich meine. Unsere Daten müssen allzeit für uns abrufbar sein. Meine Damen und Herren, wir speichern keine Daten der Steuerverwaltung auf amerikanischen Clouds, sondern in unseren Rechenzentren. Die Zusammenhänge, wenn etwas über die Rechner läuft, sind mir schon bekannt. Aber wir speichern unsere Daten und können jederzeit unsere Daten erlangen. Uns kann niemand die Daten sperren, obwohl das immer wieder behauptet wird. Die Daten des Freistaates sind dauerhaft in mehreren staatlichen Rechenzentren auf bayerischem Boden gespeichert, gesichert und immer verfügbar, unabhängig von Cloud-Anbietern. Wir speichern nichts ausschließlich in Cloud-Umgebungen Dritter. Unser Ziel ist nicht die Autarkie, sondern die ausreichende Resilienz, um steuerungsfähig zu bleiben.

Meine Damen und Herren, leistungsfähige Firmen, wie zum Beispiel Microsoft, von vornherein pauschal auszuschließen, stärkt umgekehrt nicht automatisch die digitale Souveränität. Unsere Verwaltung nutzt also sowohl in ihren Rechenzentren als auch bei den Anwendungen einen ausgewogenen Mix aus Open-Source-Software, Standard-Software und selbstentwickelten Systemen. Wir setzen zudem für den Freistaat Bayern auch weiterhin strategisch auf eigene staatliche Rechenzentren.

Ich will nur eines anmerken: Fragen Sie einmal in den Ländern, in denen gerade Krieg herrscht, wo man dort vor dem Krieg die Daten gespeichert hat. Rechenzentren

wegzusprengen und zu glauben, dadurch sei alles gelöst, ist vielleicht für den einen eine gute Idee. Die Länder, in denen Krieg herrscht, haben das anders gemacht und fragen, wo sie ihre Daten sonst noch speichern können, damit sie in der Situation, wenn alles kaputt ist, noch an ihre Daten kommen. Das machen wir nicht. Wir legen Wert auf die ständige Verfügungshoheit bei Daten und Kernverfahren und sichern so die Handlungsfähigkeit des Staates. Die eigenen Fähigkeiten sind das Fundament, das digitale Souveränität gewährleistet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage es noch einmal: In der Vermessungsverwaltung, bei der Open-Source-Strategie und der "BayernCloud Schule" haben wir die Kompetenzen, die wir dafür brauchen. Es wird in Wirtschaft und Staat vielfach nachgefragt. Für uns als Staat ist auch Microsoft grundsätzlich ein ersetzbares Arbeitswerkzeug. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden über die Arbeitsplätze, die wir definieren, und nicht über Betriebssysteme.

Die Debatte zu diesem Thema wurde in den letzten Wochen völlig überhöht. Es ging bei den Verhandlungen um die Konsolidierung dieser Lizenzen niemals um die IT-Strategie des Freistaates Bayern. Meine Damen und Herren, dafür bin ich überhaupt nicht zuständig.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Es ging vielmehr um den Auftrag, den ich vom Rat der Ressort-CIOs und von der Zukunftskommission erhalten habe, diese Verträge zu konsolidieren. Ich hatte nicht den Auftrag, die gesamte IT-Strategie des Freistaates Bayern zu erneuern. Das haben wir für die Ressorts, für die Kommunen, für das Funktionieren unserer IT getan.

Herr von Brunn, wenn Sie weiterhin sagen, dass Microsoft ganz furchtbar ist – dass der Parteitag der SPD angeblich von Microsoft gesponsert wurde, habe ich heute das erste Mal gehört und weiß nicht, ob das stimmt; aber interessant ist es jedenfalls –,

käme das einer öffentlichen Produktwarnung gleich. Was bedeutet das jetzt genau? – Rät die SPD auch Unternehmen und Bürgern von Microsoft ab? Nutzt die Landtagsfraktion der SPD Microsoft? Nutzt die Landtagsfraktion der GRÜNEN Microsoft? – Es wird unglaublich viel Verunsicherung gestreut. Es werden sich Folgefragen ergeben: Soll sich der Freistaat auch von anderen US-Anbietern trennen, von Netzausrüstern und Chip-Prozessoren-Herstellern?

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Wenn es notwendig ist!)

Was raten wir den Kommunen, die zum größten Teil Microsoft einsetzen? Verwenden wir in Zukunft auch keine Satelliten der USA mehr? Was antworten wir den Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern, die fragen, ob ein mobiles Endgerät von Apple noch einsetzbar ist? – Das könnte man leicht austauschen, kein Problem. Ich weiß nicht, wie viele Abgeordnete der SPD und der GRÜNEN auf Apple oder Google setzen. Diese Fragen müssen dann auch geklärt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu bin ich auch bereit, jeden Tag. Aber im Rahmen der Konsolidierung vorhandener Lizenzen so einen Bohei zu veranstalten, und, wenn wir unsere Arbeit tun, die erwünscht war, zu behaupten, wir würden etwas ganz anderes tun – ganz offen, ich sage jetzt nicht, was ich darüber denke. Ob dieses Verhalten jedoch die Kompetenz derjenigen hervorhebt, die dieses an den Tag legen, sei einmal dahingestellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Dringlichkeitsanträge sind politisch sehr durchschaubar. Es werden Menschen und Unternehmen verunsichert und das Finanz- und Heimatministerium diskreditiert. Wir verhandeln keine neuen milliardenschweren Verträge, die andere binden, in Bayern flächendeckend auf Microsoft zu setzen. Ich bitte im Sinne der Versachlichung der Debatte darum, solche Dinge nicht weiter zu behaupten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst erteile ich Herrn Kollegen von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Herr Finanzminister Füracker, Sie haben gefragt, warum wir uns jetzt mit dem Thema beschäftigen. Die Antwort hatte ich in meiner Rede gegeben: wegen Trump.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, das ist so billig! – Zuruf von der AfD)

Wir können jeden Tag in den Nachrichten sehen und hören, warum es notwendig ist. Es steht im Koalitionsvertrag: Wir wollen digitale Souveränität und Open Source. Mich würde einmal interessieren, mit welchen Mitteln das bayerische Finanzministerium diese digitale Souveränität erreichen will.

Ich habe eine ganz konkrete Frage: Wollten Sie kein neues konsolidiertes Enterprise Agreement für staatliche Behörden bis Ende 2025 abschließen? Wollten Sie nicht die Microsoft-Cloud nutzen? Wollten Sie keinen neuen Bayernvertrag mit Microsoft abschließen? – So steht es nämlich in der Präsentation, die Ihr Abteilungsleiter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung im September 2025 gezeigt hat.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ja, weil der Arbeitstitel Bayernvertrag in allen Sitzungen der Zukunftskommission, in allen Besprechungen mit den Kommunen verwendet wurde. Deswegen hat das mein Abteilungsleiter auch verwendet. Da gibt es auch nichts zu verstecken; denn der Bayernvertrag war ein Arbeitstitel für die Konsolidierung der bestehenden Lizenzen, die durch den Handelspartnervertrag, den wir seit 2023 haben, vorgesehen waren, und nichts anderes.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

Herr von Brunn, wenn Sie mich einmal gefragt hätten, hätte ich Ihnen gesagt: Sie können hier im Plenarsaal zum Beispiel auch nach vorne gehen, wenn ich da sitze, und fragen: Herr Füracker, was ist denn das? – Dann hätte ich Ihnen das erzählt.

Da ist nichts geheim gewesen. Die kommunalen Spitzenverbände, vier Ministerien und die Staatskanzlei haben sich im letzten Jahr neunmal in der Zukunftskommission getroffen und haben über die Themen gesprochen. Alle waren informiert. Kein Mensch hat jemals in Abrede gestellt, dass es klug wäre, was die Kommunen wünschen zu tun – kein Mensch. Der Arbeitstitel Bayernvertrag ist so; aber es gibt niemanden, der etwas an Vertragsgestaltung im Sinne des Dringlichkeitsantrags verhandelt. Ich darf keinen neuen Vertrag verhandeln.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Gerade hat es geheißen: Ich verhandle den Handelspartnervertrag. – Das stimmt nicht. Der Handelspartnervertrag läuft seit 2023. Den habe ich nicht verhandelt und nicht gemacht. Und mir hat kein Ministerium im letzten Jahr signalisiert, wir sollen einen anderen Weg gehen oder eine Neubewertung machen. Alle haben diesen Weg geteilt. Ich bin doch der Letzte, der sich gegen etwas wehrt, was man verbessern kann; aber wir arbeiten an der Konsolidierung dieser Lizenzen, die Definition dessen, was Arbeitsplatzgestaltung bei Microsoft 365 wäre. Da wird auch kein milliardenschwerer Vertrag verlängert, weil ich überhaupt keinen solchen Vertrag mache. Das haben wir auch mehrfach, immer wieder, wahrheitsgemäß beantwortet. Immer wieder wird das Gegenteil behauptet.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Eine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung: Kollege Benjamin Adjei, bitte.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Minister, ich gehe jetzt vor allem auf einen Punkt ein. Sie haben gefragt: Wo soll das denn aufhören? Wo sollen wir noch überall herangehen? – Ich will vielleicht einmal auf den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, an dem auch die CSU beteiligt ist, eingehen, wo insbesondere die digitale Souveränität gestärkt und Abhängigkeiten von nicht europäischen Herstellern vermieden werden sollen, indem resiliente Wertschöpfungsketten in Schlüsseltechnologien aufgebaut werden, von der Hardware bis zur Software. Der Vertrag setzt das Setzen offener

Schnittstellen und Standards sowie die systematische Förderung von Open-Source-Software um, um die Abhängigkeit von proprietärer nicht europäischer Software zu reduzieren. Das ist das Ziel der De-Risking-Strategie der Bundesregierung.

Die Frage ist doch genau, ob das in Bayern auch passiert. Wir müssen uns hier einmal anschauen: Wo haben wir denn Abhängigkeiten, die geopolitisch von uns nicht wohlgesonnenen Politikerinnen und Politikern möglicherweise missbraucht werden können? Dann müssen wir dort Gegenmaßnahmen starten. Ja, die Frage ist richtig: Wo soll das enden? Die Antwort müssten Sie eigentlich geben: Wo muss das enden, und wo muss man anfangen? Stattdessen stellen Sie die Frage an uns.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Sabine Gross (SPD))

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehen Sie, Herr Adjei, jetzt reden Sie schon wieder über etwas ganz anderes als das, was mein Auftrag war.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig! Nicht zugehört!)

Mein Auftrag war nicht, seitens der Zukunftskommission und seitens des Rats der Ressort-CIOs eine neue Strategie für IT in Bayern vorzulegen.

(Unruhe)

– Hören Sie zu.

(Glocke des Präsidenten – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Waren Sie dabei?)

Mein Auftrag war, die bestehenden Lizenzen zu konsolidieren. Ich habe Ihnen nur, um Ihnen auch einmal zu erklären, dass das, was hier immer gefordert wird, damit nichts zu tun hat, erklärt, dass es zu all diesen Themen noch weit mehr Fragen geben wird. Ja, wir nutzen Open Source. Ich habe das vorgetragen. Auch in unseren Rechenzentren nutzen wir Open Source. Ich habe keinen Plan, wo drinsteht, dass ich flächendeckend allen empfehle, ab sofort Microsoft-Produkte zu verwenden. Ich weiß nicht, warum Sie da nicht zuhören. Das Problem ist: Haben Sie all das, was Sie hier

monieren, schon umgesetzt? Was hat die grüne Landtagsfraktion auf ihren Rechnern? Lassen Sie sich einmal fragen.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Wir sind keine Krankenhäuser, und wir sind keine Verwaltung!)

– Sie sind Abgeordnete des Bayerischen Landtags.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wenn die GRÜNEN und die SPD bereit sind, morgen ihre Microsoft-Software abzuschalten, ihre Betriebssysteme, ihre Rechner auszuschalten – –

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Schwachsinn!)

– Das ist kein Schwachsinn. Sind Sie ertappt worden?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das habe ich Ihnen erklärt. Nur das habe ich Ihnen erklärt. Wenn Sie die Digitalstrategie des Freistaates Bayern neu diskutieren wollen, bin ich gerne bereit, das zu tun. Es liegt nur nicht in meinem Auftrag und nicht in meiner Zuständigkeit. Das ist die Wahrheit, und, mein Gott, wenn man die Wahrheit nicht verträgt, dann ist es halt kompliziert.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Fragen Sie das Digitalministerium, das wäre spannend! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kolleginnen und Kollegen, noch hätte der Herr Staatsminister das Wort. Zwischenfragen ja, aber dieses Geraune und Gemurmel – –

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Es hat wenig Sinn, weil erstens nicht zugehört wird und weil zweitens, wenn ich etwas sage, es nicht geglaubt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/9712 abstimmen.

Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will – –

(Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, wir wären im Abstimmverfahren, und ich würde bitten, die Plätze einzunehmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/9694. Für die Abstimmung in elektronischer Form stehen drei Minuten zur Verfügung. Wir beginnen mit der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16:44 bis 16:47 Uhr)

Die drei Minuten sind vorbei, und ich beende die Abstimmung. Das Ergebnis wird nach Auszählung bekannt gegeben.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich zunächst das Ergebnis der Wahlen bekannt, zunächst das Ergebnis der Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen

Landtags. Das ist Tagesordnungspunkt 3. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 158 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Harald Meußgeier entfielen 28 Ja- und 130 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich keine Abgeordneten. Damit hat Herr Abgeordneter Meußgeier nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich gebe noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags bekannt. Das ist Tagesordnungspunkt 4. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Auch hier werden bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 159 Abgeordnete teilgenommen. Es gibt keine ungültigen Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Martin Böhm entfielen 27 Ja- und 132 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich kein Abgeordneter. Damit hat Herr Abgeordneter Martin Böhm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht, und der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

(...)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bevor wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag kommen, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Milliarden für Bayern statt dauerhafter Abhängigkeit: Digitale Souveränität des Freistaates sichern", Drucksache 19/9694, bekannt. Mit Ja haben 44 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 117 Abgeordnete gestimmt. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.01.2026 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Milliarden für Bayern statt dauerhafter Abhängigkeit: Digitale Souveränität des Freistaates sichern (Drs. 19/9694)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel				Enders Susann		X	
Atzinger Oskar			X				
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg				Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Griefßhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann			
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian			
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia	X		
Preidl Julian			
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena			
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	117	1